

Erscheint täglich außer Sonntags.
Eigentlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,00 Mk. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Liebigstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenspreis: Die einseitige Hauptzeile
60 Pf. Reklamezeile 5 Pf. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Berlin Nr. 87336. Fernsprecher: Dönhofs 202 bis 207

Wie lange noch?

Die Beratungen der Young-Ausschüsse ohne Ende.

Seit dem Sonnabend der vorhergehenden Woche tagen der Haushaltsausschuss und der Auswärtige Ausschuss des Reichstags teils in vertraulichen, teils in nicht vertraulichen Sitzungen über den Young-Plan.

Ursprünglich waren für diese Beratung drei Tage vorgesehen. Am Mittwoch vergangener Woche sollten schon wieder die Plenarberatungen des Reichstags beginnen. Aber daraus wurde nichts. Die Plenarberatungen wurden abgesagt und die vereinigten Ausschüsse tagten eine Woche lang, teils vertraulich, teils nicht vertraulich, sowohl vormittags wie nachmittags. Man hatte die Hoffnung, am letzten Sonnabend zu einem Abschluß kommen zu können, doch auch diese Hoffnung trug. Das Votum des Reichstags tagte wieder, d. h. es wartet in Wirklichkeit, bis die Ausschüsse fertig sind und die Hauptarbeit beginnen kann, aber die Ausschüsse tagen weiter. So hat man heute den ganzen Vormittag wieder über den Polenvertrag geredet und noch keine Beschlüsse gefaßt. Die Ausschussabstimmungen über den Polenvertrag werden erst nach der Beratung über die übrigen Liquidationsabkommen und das Markakommen mit Belgien erfolgen. Ueber die Saarverhandlungen hatte man schon zu reden angefangen, aber die Debatte wurde abgebrochen und soll erst später beendet werden. Die Ausschüsse beraten morgen vormittag weiter und man sieht noch kein Ende.

Die sozialdemokratische Fraktion erträgt diesen Zustand nur mit wachsender Ungeduld. Aber sie muß einwirken untätig zusehen, wie die

kostbare Zeit verstreift wird, weil die Deutsche Volkspartei und ganz besonders auch das Zentrum keinerlei Neigung zeigen, durch Kontingenzierung der Redezettel oder durch Unterstützung von Anträgen auf Schluß der Debatte den Gang der Verhandlungen zu beschleunigen. Das Zentrum hat es sich bekanntlich in den Kopf gesetzt, den Young-Plan nicht eher passieren zu lassen, als bis alle Etats- und Steuerfragen zwischen den Regierungsparteien bereinigt sind. Hat man es auch anfangs verstehen können, daß das Zentrum durch die Schaffung dieser faktischen Verbindung die Einigung über die Finanzfragen unter einem gewissen Druck stellen wollte, so hört, je mehr sich die Tragikomödie in den Ausschüssen verlängert, das Verständnis dafür auf. Ein Pferd aus dem Stall der Außenpolitik ist davorgespannt worden, um den Wagen der Finanzreform in die Schauer zu bringen, aber der Wagen kommt nicht vorwärts und man beginnt sich Sorgen um das Pferd zu machen. Den Young-Plan sabotieren, seine Annahme obstruieren — ein unmöglicher Gedanke! Geht es noch eine Weile so weiter, so wird schließlich die Regierung die Initiative ergreifen müssen, um den Gang der Dinge zu beschleunigen.

Wirth gegen das Christenblatt. Ein Antwort an den „Deutschen“.

Das Organ der Christlichen Gewerkschaft und des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes „Der Deutsche“ hat am gestrigen Montagabend ein spaltenlanges angebliches Gutachten eines nicht genannten Juristen veröffentlicht, das sich nachzuweisen bemüht, daß die im Haag vereinbarte Sanktionsklausel für das Deutsche Reich ungünstiger sei als die entsprechenden Bestimmungen von Versailles und aus dem Dawes-Plan.

Dagegen wendet sich der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, in einem Artikel, der erst knapp vor unserem Redaktionsschluß verbreitet wird, den wir also zunächst nur im Auszug wiedergeben können. Dr. Wirth schreibt, daß dieses, von der Presse der Rechten mit großer Freude begrüßte sogenannte Gutachten, das sogar als aus den Reihen des Zentrums stammend bezeichnet wird, schon durch die Anonymität des Verfassers viel an seinem juristischen Wert einbüßt. „Der Deutsche“ habe damit einen Weg betreten, der bis jetzt in der deutschen Politik nicht üblich gewesen sei.

Das Gutachten stelle die Rechtslage auf Grund der Verfasser Bestimmungen in wesentlichen Punkten falsch dar und beweise eine ungewöhnliche Unwissenheit und Leichtfertigkeit. Dr. Wirth führt dann näher aus, in welcher Hinsicht das angebliche Gutachten falsch ist, und zwar weist er dies

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Hochspannung in Paris.

Sehe gegen die Linksregierung: „Votet für den Sturz Chautemps“!

Paris, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die erste Vertrauensabstimmung für das Kabinett Chautemps wird eine klare Kräfteprobe zwischen der Macht der Reaktion und der des Fortschritts im französischen Parlament bringen. Es ist das Verdienst Lardieu, der am Montag offen die Führung der reaktionären Opposition übernommen hat, daß die Debatte über das Programm und die Politik der Regierung zu einem wahren Duell Chautemps gegen Lardieu

ausgearbeitet ist. Es sei ganz nebenbei, erklärt der sozialistische „Populaire“, welches Programm die neue Regierung vorbringen werde. Die Reaktion sei nicht geneigt, auch nur hinzuhören. Sie habe nur den einen Gedanken, das Kabinett sofort zu kürzen.

„Heute müssen wir wählen zwischen Chautemps und Lardieu“, schreibt die nationalistische „Victoire“.

„Votet zu Gott für Frankreich und den Sturz des Kabinetts“.

empfehlen die reaktionäre katholische „Echo de Paris“ keinen frommen Lesern. Der „Figaro“ berichtet sogar mit allen Zeichen der Entrüstung, daß die Minister einige patriotische Abgeordnete durch Ordensversprechungen und sonstige materielle Vorteile hätten kaufen wollen.

Es ist der Reaktion jedenfalls gelungen, eine Stimmung der schärfsten und heftigsten Leidenschaft im Parlament herbeizurufen. Wie die Schlacht unter diesen Umständen ausgehen wird, ist vollkommen unsicher. Die große Informationspresse, die sich einer gut gespielten Neutralität befleißigt, glaubt, daß das Kabinett, falls sich keine peinlichen Zwischenfälle in der Diskussion mehr ereignen, eine Mehrheit von 290 gegen 270 Stimmen erhalten wird. Der „Populaire“ ist schon vorsichtiger; er billigt der Regierung eine Mehrheit von höchstens zehn Stimmen zu. Das „Echo de Paris“ dagegen prophezeit schon jetzt, daß Chautemps heute abend mit 300

gegen 270 Stimmen gestürzt sein werde. Auf jeden Fall wird die heutige Abstimmung, wie auch immer das Schicksal des Kabinetts sein mag, Klarheit über eine Frage bringen, ob in der augenblicklichen Kammer eine Mehrheit der Reaktion oder eine Mehrheit des Fortschritts besteht. Vielleicht wäre es das Beste, schreibt der „Matin“ in offener Zustimmung zu dem dieser Tage vom „Populaire“ geäußerten Vorschlag, wenn man sich dazu entschliesse, die in zwei allzu gleiche Hälften geteilte Kammer aufzulösen.

Ein rebellierender Admiral.

Kapt. Stimson der „Preisgabe amerikanischer Interessen“ an London, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Das Mitglied der amerikanischen Sachverständigenkommission zur Flottenkonferenz, Admiral Jones, hat sein Amt niedergelegt, weil er mit dem von dem Delegationsführer Stimson angenommenen Verhältnis von 18 zu 15 der amerikanischen zu den englischen Großkreuzern nicht einverstanden ist. Stimson habe dadurch wichtige Interessen der amerikanischen Landesverteidigung nutzlos preisgegeben.

Niemand nimmt Frankreichs „Besorgnisse“ ernst.

London, 25. Februar.

„Daily Herald“ sagt in einem Leitartikel: Ob die Flottenkonferenz in dieser Woche wieder zusammengetreten wird, hängt natürlich von dem Ergebnis der heutigen Abstimmung in der französischen Kammer ab. Wenn Ministerpräsident Chautemps eine Mehrheit erhält, dann dürfte die französische Delegation am Donnerstag wieder in London sein und die Arbeiten würden unermüdlich wieder aufgenommen werden. Sollte aber die neue Regierung sich nicht als lebensfähig erweisen, dann müßte eine weitere Vertagung bis zur Beendigung der Französischen Krise eintreten, die eine Woche oder 14 Tage dauern könnte. Das Blatt meint, die französischen Besorgnisse würden von niemandem ernst genommen als von den Franzosen selbst, und wenn die Konferenz ihre Arbeiten wieder beginne, dann werde es Sache der Franzosen sein, der Welt nicht allgemeine Redensarten über Sicherheit, sondern klar und deutlich zu sagen, wovor sie Furcht empfinden und was sie für geeignet zur Beseitigung dieser Furcht halten würden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß die Mehrzahl der amerikanischen Delegierten angesichts der französischen Haltung nicht mehr an die Möglichkeit eines irgendwie wertvollen Fünfjahresvertrages glaube und daß sie jetzt eher den Abschluß eines Dreimächtevertrages zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan in Erwägung ziehe.

Locarno am Euphrat. Schiedsvertrag Mesopotamien - Irak.

London, 25. Februar.

Ein Sonderberichterstatter der „Times“ meldet von Bord eines Schiffes im Persischen Golf, daß bei der Konferenz des Königs des Irak, Faisal, und des Bahabitenkönigs Ibn Saud ein Abkommen erzielt worden ist. In einem Protokoll von 19 Klauseln wird u. a. vorgesehen: Gegenseitige Anerkennung und Austausch diplomatischer Vertreter, Maßnahmen gegen Grenzüberfälle, Auslieferung von Verbrechern und Errichtung einer ständigen Grenzkommission. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieses Vertrages sollen durch Schiedspruch beigelegt werden. Ibn Saud erklärt sich bereit, die Entschädigungsansprüche des Irak wegen der Grenzüberfälle der letzten Jahre in wohlwollender Erwägung zu fassen, und erkennt das Recht des Irak an, die Polizeistationen in der südlichen Wüste beizubehalten. Die Zusammenkunft der beiden Herrscher war an Bord des britischen Kriegsschiffes „Duple“ in Gegenwart des britischen Oberkommissars des Irak, Sir Francis Humphreys, erfolgt.

Früh um Fünfe

Zur Bekämpfung der Arbeitslosen durch die Eugenbergsprelle.



Eugenberg: „Wie viele Menschen unterwegs. Sicher alles Arbeitslose, die vom Zule-Ball nach Hause kommen!“

